

Sachsenzeitung

Nr. 484.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 196.

Druck-Verlagsgesellschaft. Verlegt von der Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S. (früher Buchdruckerei „Die Post“). Druck-Verlagsgesellschaft. Verlegt von der Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S. (früher Buchdruckerei „Die Post“). Druck-Verlagsgesellschaft. Verlegt von der Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S. (früher Buchdruckerei „Die Post“).

Zweite Ausgabe

Verleger: Dr. Walter Schmalz in Halle a. S. (früher Buchdruckerei „Die Post“). Druck-Verlagsgesellschaft. Verlegt von der Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S. (früher Buchdruckerei „Die Post“). Druck-Verlagsgesellschaft. Verlegt von der Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S. (früher Buchdruckerei „Die Post“).

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus. Telefon Nr. 158. Eingang Nr. Braubaustr. Schließung: Dr. Walter Schmalz in Halle a. S.

Donnerstag, 15. Oktober 1903.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 8. Telefon-Nr. VII Nr. 11 494. Send- und Verlag von Otto Zehle in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 15. Oktober.

Die Stellung der freikonserватiven Partei zur preussischen Verkehrspolitik

Wird in folgenden Ausführungen dargelegt: In Uebereinstimmung mit dem leitenden Gedanken, von dem Herr Bismarck bei der Verstaatlichung der preussischen Staatsbahnen ausging, sollen die dem allgemeinen Verkehr dienenden Verkehrsanstalten und Einrichtungen voll in den Dienst des heimischen Erwerbslebens gestellt und einseitig im Sinne der Wirtschaftspolitik des Reiches geleitet und verwaltet werden. Demzufolge müssen das preussische Eisenbahn- und das preussische Wasserstraßennetz durchaus im Sinne gleichmäßigen Schutzes aller Zweige der heimischen schaffenden Arbeit und der Förderung unserer Produktion durch Ermöglichung der für die wichtigsten Güterfrachten wirksamsten und wirtschaftlichste Entwicklung um so notwendiger, je größer vielfach die Entfernung zwischen den Städten der heimischen Gütererzeugung und den wichtigsten Zentren des Inlandsverbrauchs sind. Damit ist sowohl für die staatliche Tarifpolitik, wie für den Ausbau unseres Schienen- und Wasserstraßennetzes der Weg gewiesen. Soll aber unser Land sich in wirtschaftlicher Beziehung und gleichmäßig fortentwickeln, so genügt es nicht, gegenüber der ausländischen Konkurrenz die Frachten für die wichtigsten Gütermittel der Gütererzeugung und die im Inlande produzierten Güter zu verbilligen, sondern es muß auch dafür gesorgt werden, daß in Bezug auf Vorteile des Verkehrs Licht und Schatten möglichst gleich auf das ganze Land verteilt und nicht durch Maßnahmen des Staates die einen besonders begünstigt und um derenwillen die anderen wirtschaftlich an den Rand gedrückt werden. So war es z. B. nur zu billigen, daß zur Vermeidung einer Bevorzugung der Industriezentren, welche sich der infolge der Verbilligung der Wasserfrachten auf Staatskosten verbilligten Schiffsfahrten bedienen können, die Ausfuhrtarife der Bahnen für Zuckerkarben ermäßigt sind. Ebenso die Ermäßigung der Postfrachten nach Stettin, um die nicht an Wasserfrachten liegenden Fabriken in und bei Stettin konkurrenzfähig zu erhalten. Kurzum, der gewaltige Einfluß auf das Erwerbsleben, welcher dem Staate die Herrschaft über die wichtigsten Verkehrsmitel verleiht, muß nach den Regeln ausgleichender Gerechtigkeit geleitet werden. Freuen ist nicht reich genug, sich Verkehrsleistungen zu verschaffen. Anlagen und Einrichtungen, deren Kosten nicht im richtigen Verhältnis zu dem wirtschaftlichen Nutzen stehen, dürfen wir uns nicht leisten, wenn uns nicht die Mittel zur Erfüllung der Kulturaufgaben des Staates fehlen oder die Steuerlasten empfindlich gesteigert werden sollen. Ganz besonders weist unter diesen Gesichtspunkten aber die große Bedeutung des Eisenbahnverkehrs unter den Mitteln, über welche der preussische Staat zur Deckung seiner Ausgaben, insbesondere seines Aufwandes für Kulturzwecke verfügt, nachdrücklich auf die volle Bedeutung der Wirtschaft auf das dauernde Gleichgewicht im Staatshaushalt bei allen Maßnahmen verkehrspolitischer Natur hin, welche eine beträchtliche Steigerung der Ausgaben oder Verminderung der Einnahmen bedingen.

Die Grundzüge richtiger Verkehrspolitik gelten gleichmäßig für alle Zweige unseres Verkehrslebens. Auch unter Wasserfrachten ist nichts anderes, als ein Gleichgewicht unserer einseitig zu veraltenden Verkehrseinrichtungen; eine Schonverteilung gebietet nicht, so wenig als Liebhaberei, wie aus Mithras. Willig nachzugeben aber wäre es, wenn man die ausschließlich nach wirtschaftlichen Rücksichten zu beurteilenden Wasserfrachten bzw. Kanalfragen noch einmal zu einer bodenpolitischen aufzulaufen oder künstlich zu einer Parteifrage stampeln wollte. Der Versuch einer solchen Behandlung hat 1899 der Regierung und den Parteien, welche dazu drängten, eine schwere Niederlage eingetragen und sich so auch als ein schwerer politischer Fehler erwiesen. Ganz mit Recht ist deshalb das Ministerium Willamowitsch in der letzten Sitzung der Reichstagskommission vorlage als ein rein wirtschaftliches Problem, welches nicht zu behandeln und allein das Schicksal der Wirtschaft zu sein. Wenn trotzdem der Reichstag unternehmen werden sollten, im Parteinteresse aus der Kanalfrage politische Kapital zu schlagen, so könnte das nur die weitere politische Kluft zwischen den Parteien vergrößern, welche sich etwa an solchen Quartierereien betätigen sollten. Innerhalb der freikonservativen Fraktion hat niemals ein Zweifel darüber bestanden, daß man auch vom einseitigen verkehrspolitischen Standpunkte aus bei sachlicher Abwägung der Gründe für oder wider zu einer verschobenen Beurteilung der Kanalfrage gelangen kann, und zwar sowohl zur unbedingten Ablehnung oder Zustimmung, wie hat ihren Mitgliedern daher bisher schon völlig freie Hand in Bezug auf die verkehrspolitische Vorlage gelassen und wird dies auch in der Folge tun.

War es schon ein schwerer Fehler, 1901 die völlig präzisesten, lediglich Sachverhältnisse bezugnehmenden Regulierungen der Prece, unteren Ober und Gabel mit der Verkehrsverwaltung

dienenden Wasserfrachtenvorlage zu verabschieden, und so die Ausführung dieser Unternehmungen dringlicher Art um Jahre zu verzögern, so wäre es ganz unentschuldig, die Durchführung dieser Regulierungen wie der Maßnahmen zum Schutze des Schienenverkehrs von der Annahme des Rhein-Eisenbahnverkehrs abhängig zu machen. Hier handelt es sich um Maßnahmen zum Schutze von Leben, Gesundheit und Eigentum dringlicher Art, welche ohne jeden Bezug in Angriff genommen werden müssen.

Humanitätsdünkel.

Die demokratische Presse sucht mit mehr Behagen als die Witzblätter an einer Auslassung zu lächeln, die ein Gutsbesitzer aus der Prenzlauer Gegend in der „Prenzlauer Zeitung“ bezüglich der Landsträflinge und der Unzulänglichkeit unserer Strafvorfahren gegen diese nachgerade zur Landplage werdenden Straflinge veröffentlicht hat. Die Aufsicht stellt die Wiedergabe einer Unterredung dar, die ein Gutsbesitzer mit einem Landsträflinger gehabt hat und die etwa folgenden Verlauf genommen haben soll:

Der Gutsbesitzer: Nun, sagen Sie mal, alles Guts, warum verbringen Sie denn eigentlich die meiste Zeit Ihres Lebens im Gefängnis? Wäre es nicht besser, wenn Sie als ordentlicher Mensch in Freiheit läßt?

Der Landsträflinger: Herr G., wenn Sie unsere Verhältnisse näher durchschauen, so könnten Sie es nicht fragen. Wo kann man es denn besser haben als im Gefängnis? Sehen Sie, wenn man auf der Landstraße abgerissen ist, vielleicht auch bittige Gesellschaft (fogenannte Strammesbüchel) auf dem Rücken merkt, so stellt man ein bißchen oder fällt irgendwas die Fensterheben ein, damit man sich im Gefängnis nicht als Mensch fühlt. Die Antschießer sind meistens wohlwollende Herren und schmecken selten einen an. Man wird geachtet, geachtet, erhält eine leidliche Kost und geht spaazieren. Die Arbeit ist Spielerei. In guter Gesellschaft geht es selten, und wenn der Wärter von weitem bemerkt, so brüllt er auch ein Auge zu, wenn man einmal eine Pranke verpasst (Schwanz) oder ein Spiel geraten hinein- schmeißt, um sich ein Vergnügen zu machen. Kurz, es geht sich gut dort. Da sich zum Beispiel kürzlich ein junger Mensch mit mir zusammen, der hatte einem Bäcker den Schädelknack totgeschlagen und war bei seiner Ankunft ziemlich ängstlich. Als er entlassen wurde, hatten sich seine Angehörigen gefürcht, und ich bin überzeugt, daß er in nächster Zeit einen zweiten Schuß losläßt, damit er wieder gehen kann. Sie, wenn uns kein Gut und Anlage ist, so sind der „Kramfisch“ ausgepackt worden, so wäre die Sache mißlicher und man würde sich in acht nehmen; aber so wie die Verhältnisse heute liegen, halte ich jeden für einen Dummkopf, der sich für seinen Lebensunterhalt abarbeitet.

Die demokratische Presse meint, daß diese Anschauungen „auf dem eigenen Miß“ des Finders gemacht seien. Sie befindet damit nur, wie weitgehend sie den hier in Betracht kommenden außerordentlich ersten Zuständen gegenübersteht. Wer mit den lächerlichen Verhältnissen einigermassen vertraut ist, weiß, daß die in der „Prenzlauer Zeitung“ gegebene Darstellung höchstens darin von der Wirklichkeit sich unterscheidet, daß die Landsträflinger sich weniger zurückhaltend und gewandt in der Form auszubilden pflegen. Die Auffassung, daß die Arbeit immer noch ohne sie fertig geworden sei und daß die Hämmer eine süße Gewohnheit sei, deren Unterfertigung zu den vornehmsten Aufgaben der Gesellschaft gehört, bildet zweifellos das A-B-C ihrer Lebensanschauung. Man muß nur gesehen haben, mit welcher Entzweiung und Empörung sie die Arbeit zurückweisen, wenn solche ihnen etwa im Drange der Erntezeit bei ihren Vettelgängen in den Stöcken angeboten wird. Und die Darlegung, wie prächtig die Gefängnisse nicht nur für ihre Körperlichkeit, sondern auch für ihre sonstigen Bedürfnisse eingerichtet sind, wird mancher ergrimmten Landmann von diesen Strödlingen schon gehört haben. Schon deshalb, weil sich niemand erdreisten soll, diese Herren etwa irgend wie unrichtig anzusehen, denn er würde dann leicht zur Antwort bekommen, daß ein richtiger Landsträflinger sich dergleichen nicht bieten zu lassen braucht und daß der Herr Antschießer vor Gericht und der Herr Gefängniswächter sich dergleichen nicht herausnehmen dürfen, widrigenfalls man im Wege der Wehrverweigerung gleich geordnet sein Recht zu finden wisse! Man braucht man aber, daß es sich hier nicht etwa um einzelne selten vorkommende verkommenen Kerle handelt, sondern daß ausnahmslos unsere amtlichen Berufsfindungen zurzeit 100 000 — sage und schreibe: einmaldertausend — Arbeitslose unsere Landströcke bevölkern. Man vergegenwärtige sich: einmaldertausend arbeitsfähige, im besten Lebensalter stehende Männer betreten an allen Türen um Brot und werden im Winter in Wägenhüllen mit Füllsorge verpackt, im Sommer aber von Verpflegungssituation zu Verpflegungssituation weitergeschoben, während draußen auf den Feldern faul, das der arbeitssamen Bevölkerung Brot geben soll! Einmaldertausend arbeitsfähige Männer im besten Alter: man vergegenwärtige sich einmal einhundert kriegsstarke Bataillone auf dem Tempelhofer Felde oder am Napoleonsdenkmal bei Leipzig in Front aufmarschieren, um zu begreifen, welche juredivare Plage hier sich auszuwirken hat. Und man denkt, um dies in seiner vollen Bedeutung zu ermessen, daß die hier gegebene Fiktion in der letzten Zeit vielleicht schon wieder stark vermehrt sein wird.

Und gegen diese Landplage gibt es keine Mittel. Wird

ein solcher Strauß wegen Arbeitslehen verurteilt, so betrachtet er dies in der Tat lediglich als eine gewisse körperliche und geistige Erholung von seinem an Strapazen reichem Dasein. Und man braucht um das Nachdenken, um nicht zu jagen Verächtlichkeit dieser unserer Zustände zu begreifen, nur einen Blick auf die Vergebung anderer und auch gerade arbeitsfähiger Staaten zu werfen. Wir müßten unserer demokratischen Presse doch empfehlen, sich einmal im Lande der freien Staaten die Einrichtungen des Gefängniswesens und insbesondere die für die dortigen „Kramms“ wenig erauflischen Gepflogenheiten der amerikanischen Volkssätze anzusehen, um zu begreifen, weshalb kindlichen Unfims sie wieder einmal da zusammengegriffen hat. Soffnung auf Verbesserung dieser Sorte von Dingen darauf loszuwagenden Herren haben wir nicht, und das ist das Schlimmste an der Sache.

* Ihre Majestät die Kaiserin und Prinz Waldberg sind von Querschnitt kommend, Mittwoch mittig 1 Uhr im Neuen Palais bei Potsdam eingetroffen.

* Der Reichsminister Graf v. Bülow, der im Juli 1870 in das damalige Königs-Prüfungs-Regiment (1. Jg., Nr. 7) als Regimentsunteroffizier eintrat und von König Otto als ein alter Soldat und Gefährten seines Regiments teilnahm, hat die ihm letzten des Verbandes der Kriegsfreiwilligen von 1870/71 angetragene Ehrenmitgliedschaft vorzuzug angenommen. Als den Mitglieder des Verbandes in der jüngsten Monatsversammlung Herr von Wittelsbach gemacht worden war, stimmten die alten Krieger in das von dem Vorsitzenden, Generalmajor Dr. W. Niebel, auf das neue Ehrenmitglied ausgebrachte Hoch freudig und begeistert ein.

* Personalnachrichten. Dem Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Staatsminister Dr. Grafen v. Jellib v. Felsberg zu Breslau, ist das Amt des Kurators der dortigen Universität übertragen worden. — Mit dem in Mariendorf bei Berlin verlebenden emeritierten Kreisger. Dr. Ferdinand Richter hat die nationalliberale Partei einen ihrer Begründer verloren. Er war am 26. Februar 1822 in Nieder-Schlesien bei Berseburg geboren und hat das Studium in Mariendorf nahezu fünfzig Jahre lang verfolgt, ehe er es seinen letzten Scholae übergab. Im Jahre 1862 erkrankte ihn der Schlaglicht Zerkun-Verstorbung zuzer neben u. Verba in das Klostermarienau, wo er der Provinz Kurator, nach der Auflösung und seiner Wiederwahl bis 1866 dem linken Zentrum angehörte. Von 1866 bis 1867 vertrat er den 1. Berliner Wahlbezirk als Mitglied der nationalliberalen Partei und von 1867 bis 1870 übertrug ihm der Wahlkreis Sangerhausen-Grauhagen eines seiner beiden Mandate.

* Konfessionslos. Dr. Wilhelm Kreis, Mitglied des Reichstages, hat seinen Wohnsitz in Berlin als freier, doch bei der Zeitpolitik unbeschäftigt. Man behauptet, daß er sich gegen die Politik gegen den Konfessionslos völlig isoliert hielt. Auch Deutschland denkt trotz der Klagen der deutschen Gesellschaft nicht daran, aus seiner abwartenden Stellung herauszutreten.

* Die Kritikfähigkeit der „Genossen“. In unbezahlbarer Weise ist die völlige Kritikfähigkeit bei den sozialdemokratischen Delegierten in Dresden vom „Vorwärts“ selbst gekennzeichnet. Das Blatt schrieb: „Es war bezeichnend, während der Dresdener Debatte zu sehen, wie völlig kritisch manche eifrigen und keineswegs unintelligenten Genossen den ganzen die Kritik betreffenden Verhandlungen gegenüberstanden, wie sie nach dem Vortrage jedesmal die Hand heben wollten und heute solche Ausführungen zumitamen, wogegen Bruns Bollmann. Eine derartige, allen freischenden Mitglieder der Partei zugelegene Kritikfähigkeit vermag natürlich nicht nur niemals einen eigenen freien Standpunkt zu finden, sondern verlagert einen einzigen, manchen genannten Gegenstand, auch vollständig in der Richtung.“ Wenn es so lautet, schon um die Elite der „Genossen“ besteht es — denn als Delegierte werden doch stets nur solche „Genossen“ gewählt, die eine gewisse Rolle spielen — wie muß es da erst mit der großen Masse stehen! Und doch pflegt das demagogische Blatt sonst so schmeicheleisch von der Intelligenz und Bemühenstüchtigkeit des Proletariats zu fabeln. Nach diesem Befunden werden selbst die Mauerungsillusionen bei solchen Tiraden den guten Glauben nicht mehr voraussetzen können.

* Zur Frage des Schutzes der nationalen Produktion führt die „Kreuz-Ztg.“ aus: Kürzlich ist in Berlin wieder ein neues nordamerikanisches Schulwarengeschäft eröffnet worden. Wie es heißt, will die nordamerikanische Schulwarenindustrie-Gesellschaft in den größten deutschen Städten nordamerikanische Schulwarenindustrie einrichten, um den nordamerikanischen Waren reicheren Eingang und größeren Absatz zu verschaffen. Nordamerikanische Industrie-Erzeugnisse findet man auf dem deutschen Markt immer häufiger und immer mannigfaltiger, und zwar nicht nur Maschinen der verschiedensten Art, sondern auch Fabrikate, Registratorien, Kassen, Phonographen, Bureaumöbel, Schreibmaschinen, künstliche Diamanten und andere Erzeugnisse mehr. Für die nordamerikanischen Ausfuhr-Interessenten ist es nicht schwer, ihre Erzeugnisse in Wäfen auf den deutschen Markt zu werfen, da die Schutze des deutschen Zolltarifs im großen und ganzen viel zu niedrig sind, um der fremden Einfuhr, namentlich bei Wäfen-Erzeugnissen, eine wirksame Schranke zu geben. Dagegen ist es der deutschen Industrie in vielen Fällen so gut wie unmöglich, ihre Fabrikate auf den nordamerikanischen Markt zu bringen, weil die dortigen Zolltarife nahezu unübersteigbar sind. So haben u. a. an Zoll zu zahlen: Schuhe in Deutschland 35 bis 52 Pfg., in Nordamerika 1,60

Ward bis 3.00 Uhr. Das Paar. Fahräder in Deutschland 3 Mr. in Nordamerika 112 Mr. das Stiel, Wassermesser in Deutschland 0.90 Mr., in Nordamerika 14.85 Mr. das Stiel, Wertgegenstände in Deutschland 3 Mr. das Stiel, in Nordamerika 128 Mr. für 100 Kilogramm, Kammerstoffe bei einem Gewicht des Quadratmeters von mehr als 300 Gramm in Deutschland 67 1/2 Mr., in Nordamerika 4.65 Mr. usw. Derartige ungleiche Verhältnisse erklären die beauerliche Lasten, das deutsche Erzeugnis immer mehr von nordamerikanischen Märkten verdrängen, nordamerikanische dagegen immer mehr auf dem deutschen Markt emporkommen. Gerade gegenüber dieser nordamerikanischen Konkurrenz ist im Interesse der deutschen Industrie zu wünschen, daß der neue deutsche Zolltarif sobald wie möglich in Kraft tritt. Es ist ferner, daß die freihändlerischen und antiagrarischen Organe sich mit Stillständen über die angebotene Lasten hinwegsetzen, um nur nicht die schützenderen Bestimmungen in Deutschland begründet erscheinen zu lassen. Die ganze Kritik der deutschen Freihändler besteht seit Jahren darin, zunächst neue Handelsverträge zu verlangen, um auf diese Weise die Rückkehr zum Freihandel vorzubereiten. Mit Vorliebe verlangen die freihändlerischen Organe die Verlängerung der bestehenden Handelsverträge, in gänzlichem Unkenntnis darüber, daß nicht nur die deutsche Landwirtschaft, sondern im großen und ganzen auch die deutsche Industrie mit dem bestehenden Tarife durch aus unzureichend ist, namentlich im Hinblick auf die nordamerikanische Konkurrenz. Da namentlich die nordamerikanische Konkurrenz mit ihren Erzeugnissen immer mehr auf dem deutschen Markt erscheint, und durch Einrichtung nordamerikanischer Spezialgeschäfte auch den deutschen Kaufmann und Kleinhandlungskreis, so ist zu hoffen, daß man allmählich auch in den Kreisen des Handels die Wichtigkeit eines erhöhten Schutzes der nationalen Produktion einsehen und sich nicht länger von den leeren Redensarten der Freunde von Handelsverträgen um jeden Preis irremachen lassen wird.

Ursprung.

Chamberlain.

Der Austritt Chamberlains aus dem Kabinett Balfour beschäftigt nach wie vor unsere lesigen Leser auf das nachdrücklichste. Jedermann drückt sich klar über die Wichtigkeit, daß von der jetztigen, das ganze Volk von der Notwendigkeit der Lebensmittelfrage überzeugenden Tätigkeit des ehemaligen Kolonialministers die Zukunft Englands zum großen Teil abhängig ist. Wohl haben sich im britischen Reich freihändlerische Kräfte und Agitatoren, die den Kabinett Chamberlainischer Staatskunst gerzuken mächtigen und behaupten, Herr Chamberlain verdränge seine Bedeutung weniger einer überlegenen Begabung und einer alle anderen übertragenden Persönlichkeit als der Kleinheit und Unschicklichkeit seiner bisherigen Kollegen; unter Wänden sei der Einzige König. Im allgemeinen aber ist man gerechter und gibt die hohe Befähigung Chamberlains zu. Man erwidert, daß Chamberlain vom Gipfel seiner Macht und seines Ruhmes freiwillig herabgestiegen ist in die Arena der unmittelbaren politischen Agitation, und man ist bereit, seine Unerfahrenheit, von vornherein gekennzeichneter, haben größere Aussicht auf Annahme, als wenn sie von Balfour oder sonst wem vorgeschlagen worden wären. Chamberlain findet eine nicht zu unterschätzende Unterstützung in Balfour, den er in seinem Agitationskreise als seinen Freund und — Führer bezeichnet. Nicht als ob Balfour bereit wäre, mit Chamberlain gemeinsam in Verfassungskämpfen aufzutreten oder auch nur in seinen gelegentlichen Ansprüchen alle Forderungen des Ministers z. D. zu unterschreiben. Und doch ist er einzig demüthigt, Chamberlain die Wege zu ebnen und ihm die nötige Rückkehr ins Ministerium zu ermöglichen. Die Ritzke und Samson (hiedens aus dem Kabinett und sie sind, wenn auch erst nach einer vierwöchentlichen Kabinettkrise, durch Männer ersetzt worden, die des früheren Kolonialsekretärs Jollifans freundlich gegenüber stehen. Der Herzog von Devonshire, der Vizepräsident des geheimen Rates, ist ihnen nachgefolgt. Damit hat zwar das Kabinett den nach Chamberlain bedeutendsten Minister verloren, aber Chamberlain hat gewonnen, denn mit dem Herzog von Devonshire ist das Ministerium abermals um einen überzeugenden Freihändler bereichert worden. So verwandelt sich das vorher überwiegende freihändlerische Kabinett Balfours immer mehr zu einem schützenderen und es wartet nur noch der Stunde, in der sich ihm der hier allein gebliebene Führer Chamberlain angeschlossen. Die englischen Wähler haben sichfalls nicht, wenn sie Herrn Balfour den Schritt Chamberlains nennen.

Auch die optimistischsten Schutzvölker Englands wissen, daß ihnen ein Kampf bevorsteht, der keinen seines Gleichen in der jüngeren britischen Geschichte aufzuweisen hat. Sie wissen, wie leicht es für ihre Gegner ist, gegen Schutzvölker gerade auf Lebensmittel Opposition zu machen und das Volk zu verheizen. Da setzen sie ihre Hoffnung auf die rasche Propaganda Chamberlains. Dieser ist denn auch redlich bemüht, ihre Erwartungen zu erfüllen, indem er das Land mit Agitationschriften überflutet und eine große Agitations tour nach allen größeren Städten unternimmt. Im Glasgow hat er seinen Kampf begonnen; das war eine glückliche Tat, denn Glasgow war die Wiege des Freihandels. Wo er aber auch aufgetreten ist, überall haben ihm Tausende zugehört, seine Popularität ist ständig im Wachsen begriffen. Freilich, auch wenn sich die große Mehrheit in England zu seinen Anschauungen bekennt, so hat er immer noch einen bedeutenden Gegner zu überwinden, die Kolonien. Wer aber seine Neben gegen verfolgt, erkennt leicht, daß er den von dieser Seite bisher geleisteten Widerstand durch geschickt ausgewählte Konzeptionen zu brechen hofft. Nebenfalls ist Chamberlain heute der anerkannt Führer der Schutzvölkerpartei, und seine Agitation knüpft von dem gleichen Erfolge begleitet wie bisher, dann braucht er sich um die Erreichung seines Zieles nicht übermäßige Sorgen zu machen.

Österreich-Ungarn.

Die Ministerkrise.

Kaiser Franz Joseph empfing Mittwochs nachmittags den Finanzminister Dr. v. Bura. Der Herr Minister über die ungarische Krise entwickelte. Die Entscheidung ist noch nicht getroffen. Der Ministerpräsident Graf Auern-Hervary wird Donnerstag abermals vom Kaiser in Audienz empfangen werden. Es soll in dieser Audienz die Bitte derjenigen Persönlichkeiten mitgeteilt werden, die der Kaiser noch empfangen wird, um sich

ihnen die Lage zu schildern. Bura selbst überzeuget sehr davon, daß er im nächsten bei letzten Bericht zur freihändlerischen Entzerrung über. Sollte jedoch die freihändlerische nicht unternehmen können, dann wird Bura ein Kabinett bilden und den Kampf mit der Opposition aufnehmen, denn dann ist die ungarische Niederwerfung der Opposition der einzige Weg, der aus der Anarchie herauszuführen kann.

Die Anbahnung der Bura errate die den Österreichern und den Oppositionellen große Verärgerung, weswegen alle Versuche gemacht werden, um die Krise friedlich beizulegen. Donnerstag wieder neuerdings Parlamentarier zur Audienz bezufen, und zwar Solomon Seel, Alexander Wetzels und Emerich Soboth, die die Ministerkrise angehen wird.

Frankreich.

Der Besuch des italienischen Königs in Paris. Der König und Königin von Italien sind am Mittwoch nachmittag um 3 1/2 Uhr am Bahnhof Bois de Boulogne zu Paris eingetroffen und von einer großen Volksmenge feierlich begrüßt worden. Um 2 Uhr ab hatte sich in den Straßen, durch die der König und die Königin kommen sollten, vom Ministerium des Innern bis zum Bahnhof eine gewaltige Menschenmenge angesammelt, die zum Spektakel der feierlichsten Truppen mit Gewehr empfangen.

Als der Zug mit dem König und der Königin von Italien um 3 1/2 Uhr auf dem mit italienischen und französischen Fahnen geschmückten Bahnhof Bois de Boulogne eintraf, gab dort Wort Balzani 101 Schußsalve ab. Hinter dem Trommelwirbel der Ehrenwache empfing den König der Generalstabchef des Generalstabs General von Engel, die Königin Helene und der Minister des Innern von Bagnat, vor dem Präsident Leubeit und Frau mit dem Ministerpräsidenten Combes und dem Minister des Auswärtigen Delcassé Aufstellung genommen hatten. Der König und der Präsident begrüßten sich unter Anmerkung, während gleichzeitig Frau Leubeit die Königin willkommen hieß. Darauf begab sich der König der Frau Leubeit, der Präsident, der die Königin führte, nach dem prächtig geschmückten Empfangssaal, wo der König die Königin begrüßte. Sodann traten der König und der Präsident in einem vierstündigen Wagen in La Daumont, dem die Königin mit der Gattin des Präsidenten in der gleichen Wagen folgte, die Fahrt nach dem Ministerium des Innern an, während die Musik den italienischen Königsmarsch spielte, die Fahnen der Ehrenkompagnie sich senkte und das Publikum in laute Hochrufe ausbrach. Eine Abteilung Kavallerie bildete Eskorte. Von dem ganzen Zuge, den die königlichen Gattin beschützten, waren die Straßen mit einer großen Menschenmenge umgeben, die ihnen begeistert Zuhaltungen darbrachte. Bei der Ankunft der Majestäten im Ministerium des Innern wurde der Königsmarsch gespielt; ein Jubelsturm erhob die militärischen Ehren. Im Vorraum des Gebäudes wurden die Majestäten von der Gattin des Ministers Delcassé und den der Königin ausgeleiteten Ehrenbedienten empfangen, die ihnen feierlich begrüßten und die Königin willkommen hieß. Der König und die Königin nach dem Ehlye zurück, während der König und die Königin von dem Minister Delcassé nach ihren Wohnräumen geleitet wurden. Um 5 Uhr trafen die Majestäten zum Besuche des Präsidenten im Ehlye ein, das sie nach einer halben Stunde wieder verließen. Die Zusammenkunft zwischen dem König und dem Präsidenten trat einen sehr herzlichen Charakter.

Der König und die Königin lehrten von ihrem Besuche im Ehlye gegen 5 1/2 Uhr im Ministerium des Auswärtigen zurück. In der Unterhaltung mit Herrn und Frau Delcassé drückte sie wiederholt ihre hohe Begehrigkeit über den ihnen von der Pariser Bevölkerung besetzten Ehlye aus, die die Königin willkommen hieß. Die beiden Majestäten von feierlichen Reden. Der König war über diese Aufmerksamkeit sehr erfreut. Später verließ der König das Ministerium, um sich nach dem Senatspalast zu begeben.

Bei dem Dinner in Uspize brachte Präsident Leubeit folgenden, von allen Anwesenden lebhaft begrüßten Trinkspruch aus: „Der Herr Präsident hat sich die Bedeutung der Besuche, den Euer Majestät dem Präsidenten der Republik nach, bewußt; es steht in diesem Besuche eine glänzende Kundgebung des engen Einvernehmens, das zwischen den Regierungen Italiens und Frankreichs herrscht, ist, und das in gleicher Weise den Interessen und den Interessen des italienischen und des französischen Volkes entspricht. Die Freundschaft, die das ganze Völkerverband mit gegenseitigen Vertrauen und mit demselben guten Willen ihre nationalen Aufgaben verfolgen können, begrüßt Frankreich mit aufrichtiger, durch die huldreiche Anwesenheit Ihrer Majestät der Königin noch verdoppelter Freude die Intimität Eurer Majestät. Von zwischen den beiden Regierungen, die die Freundschaft ihrer Regierung immer Was zu Eurer Euer Majestät und trinke auf den Ruf Ihrer Regierung, auf Ihr Wohl wie auf das Wohl Ihrer Majestät der Königin, Ihrer Majestät der Königin-Mutter und der ganzen königlichen Familie und auf die Größe und die Wohlstand Italiens.“

Der König von Italien antwortete mit folgendem Trinkspruch, der gleichfalls lebhaft begrüßt wurde: „Der Herr Präsident! Sie liebenswürdigen Worte, die Sie sprechen an mich gerichtet haben, erhöhen die lebhafteste Genugung, die ich in diesem Augenblicke empfinde. Der entzückendste Empfang, welchen die Stadt Paris und das ganze Frankreich der Königin an mich bewiesen haben, hat uns tief gerührt. Wie Sie, Herr Präsident, setzen sich in diesem Empfang etwas mehr als eine einfache Kundgebung dieser ausgehenden Höflichkeit, die eine der traditionellen Eigenschaften der edlen französischen Nation ist. Mit Recht steht Frankreich seine Gegenwart in Paris als ein natürliches Ereignis des zwischen uns bestehenden Völkerverbandes, das die Freundschaft zwischen uns an. Die Interessen Italiens gehen dahin, daß es mit allen seinen Kräften die Erhaltung des Friedens wünscht, und seine Stellung in Europa legt es in die Lage, durch seine Haltung zur Verwirklichung dieses in höchstem Grade der Zivilisation dienenden Ergebnisses beizutragen. Nach diesem Besuche, welcher ich in Italien Frankreichs Vertreter beehren, lenecht solche nicht an diplomatischem Wege ausgeleglichen werden könnten, dem künftigen Kaiser Schiedsgerichtshof unterbreitet werden sollen. Dies soll jedoch nur unter der Bedingung geschehen, daß die Streitigkeiten weder durch die Interessen noch die Unabhängigkeit und Ehre der Regierungen durch die Streitigkeiten oder die Interessen der Regierungen. Vor jedem einzelnen Falle sollen die Vertragsmächte, bevor sie sich an den Schiedsgerichtshof wenden, ein Sonderabkommen unterzeichnen, in dem das Streitobjekt, der Umfang der Befugnisse des Schiedsgerichtshofes und die Einzelheiten über die Bildung des Gerichtshofes genau bestimmt werden.“

Ursprung.

Der englische Staatssekretär des Auswärtigen Marquis von Lansdowne und der französische Botschafter Cambon haben eine für fünf Jahre gültige Lebensunterschied unterzeichnet, wonach Streitigkeiten juristischen Charakters oder Streitigkeiten, die sich auf die Auslegung der zwischen England und Frankreich bestehenden Verträge beziehen, lenecht solche nicht an diplomatischem Wege ausgeleglichen werden könnten, dem künftigen Kaiser Schiedsgerichtshof unterbreitet werden sollen. Dies soll jedoch nur unter der Bedingung geschehen, daß die Streitigkeiten weder durch die Interessen noch die Unabhängigkeit und Ehre der Regierungen durch die Streitigkeiten oder die Interessen der Regierungen. Vor jedem einzelnen Falle sollen die Vertragsmächte, bevor sie sich an den Schiedsgerichtshof wenden, ein Sonderabkommen unterzeichnen, in dem das Streitobjekt, der Umfang der Befugnisse des Schiedsgerichtshofes und die Einzelheiten über die Bildung des Gerichtshofes genau bestimmt werden.“

Ursprung.

Die Städte Wiesbaden und Bismarck mit ihren Kreisen, sowie die Stadt Ansbach (Bayern) sind in dem Zustand des verheerenden Schutzes erklärt worden.

Aus Wiesbaden wird gemeldet, daß der Beamte Rainaldow in Begleitung zweier Offiziere zur Aufstellung der Grenzspalte an der Grenze des russischen und sachsenländischen Gebietes abgefahren ist. Die russische Kommission tritt an der Grenze mit den sachsenländischen Delegierten zusammen.

Die A. N. B. meldet, dem Österreichischen und dem russischen Botschafter sei es bisher noch nicht gelungen, dem Sultan die Reformnote zu überreichen. Auf der Seite werde wieder das alte Intrigenspiel geübt, um die Reformen nach Möglichkeit hinauszuführen. Man erwarte jedoch, daß der mehr als gewöhnlichen Haltung der türkischen Regierung eine Entscheidung über die Abweisung der Reformnote von der Türkei noch rechtzeitig erstatte und sich dem Willen der Mächte fügen wird.

Geht über den Gewaltfall getötet? Der feierliche Bestattete Sohn des Sultans Prinz Achmed Bedschid Effendi soll infolge einer furchtbarsten Komplikation an Augenentzündung gestorben sein. Es ist nicht zu erwarten, daß er je wieder aufleben wird, so er gestorben, ist wohl eine andere Frage.

Reichsminister. Sped. v. Sternburg. — Die Rappesberger. Der deutsche Botschafter Freiherr Sped. v. Sternburg ist von seinem Sommeraufenthalte nach Washington zurückgekehrt. Der Staatssekretär für Portofino, Barzell, und der Staatskommissar überreichen dem Reichsminister Rappesberger die Beschlüsse der Rappesberger, in denen die den Präbilitäten erlassen, durch Abschluß von Handelsverträgen mit Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland und Österreich-Ungarn ihrem Raffee den Absatz zu sichern.

Mittelamerika. San Salvador und Guatemala. Eine Versteigerung aus dem Jahre 1898, man, daß Nicaragua und Guatemala im Begriff sind, San Salvador und Guatemala den Krieg zu erklären. Ein Telegramm aus Panama zufolge trifft die Regierung von San Salvador Verordnungen, um die Truppen Guatemalas, die in einer Stärke von 10,000 Mann mit Artillerie gegen die Grenze vorrücken sollen, zurückzuführen.

Japan. Die japanische Gesandtschaft in Paris teilt folgendes, schon kurz vorhergegangenes Telegramm mit: Tokio, 13. Okt. Die Verhandlungen betr. die monstrosen und die japanische Frage nehmen einen neuen Verlauf. Nichts desto trotz ein Bruch zwischen Japan und Russland. Die im Ausland verbreiteten demnachstehenden Gerüchte sind vollkommen unbegründet.

In London gut unterrichteten diplomatischen Kreisen nimmt man an, daß sich die Angelegenheit schon abgeklärt hat. Darin, daß die japanische Regierung nicht mehr über die Verhandlungen Europas hinaus, sieht man einen Beweis dafür, daß die Verhandlungen zwischen Japan und Russland in Tokio einen bescheidenden Verlauf nehmen.

Handelskammer zu Halle.

II (Schluß).

Die Handelskammer zu Halle. Weiter erstattete dann Herr Kammer-Präsident Dr. Pfaff Bericht über den Entwurf eines Gesetzes über den Verzicht auf Handelsverträge, wovon Herr Abgeordneter Müller in Halle Mitteilung über eine in dieser Sache in Berlin am 5. Oktober 1898 abgehaltene Konferenz der Feuerversicherungs-Gesellschaften machte. Der Entwurf stütze sich, daß direkte Angriffe gegen den Entwurf erfolgt seien, besonders von den hannoverschen Handelskammern, im Interesse der Versicherer. Auf einer Delegierten-Versammlung der Feuerversicherungs-Gesellschaften seien ebenfalls solche Wünsche zum Ausdruck gekommen, und es würden solche auch wohl von Sachverständigen noch geäußert werden, um in den Bundesrat gebracht zu werden. Der Redner gab dann einen kurzen Bericht über den Entwurf und bezeichnete eine solche Forderung als notwendig, da dieser Fall eine solche nicht erlösen ließe, welche sich am 20. Oktober 1898 in Berlin unternahm. Die Verhandlungen über die Privat-Versicherungs-Gesellschaften durch Gesetz vom 12. Mai 1901, jedoch nur hinsichtlich des Verhältnisses der Gesellschaften nach außen hin und der Beziehungen des öffentlichen Geschäftsbetriebes zum öffentlichen Recht. Noch nicht unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Feuerversicherer, sondern der Versicherer und der Versicherungs-Gesellschaft; hier wollte der Entwurf einbringen. Bis jetzt seien in dieser Beziehung landesgesetzliche Bestimmungen mangelnd, ferner das Handelsrecht, namentlich aber die Polize, der Versichererübertragung. Der Entwurf wolle nun gewisse Punkte Bestimmungen hinsichtlich dieser Verhältnisse geben und der Versicherungs-Gesellschaft; hier wollte der Entwurf einbringen. Bis jetzt seien in dieser Beziehung landesgesetzliche Bestimmungen mangelnd, ferner das Handelsrecht, namentlich aber die Polize, der Versichererübertragung. Der Entwurf wolle nun gewisse Punkte Bestimmungen hinsichtlich dieser Verhältnisse geben und der Versicherungs-Gesellschaft; hier wollte der Entwurf einbringen.

Der Redner gab dann einen kurzen Bericht über den Entwurf und bezeichnete eine solche Forderung als notwendig, da dieser Fall eine solche nicht erlösen ließe, welche sich am 20. Oktober 1898 in Berlin unternahm. Die Verhandlungen über die Privat-Versicherungs-Gesellschaften durch Gesetz vom 12. Mai 1901, jedoch nur hinsichtlich des Verhältnisses der Gesellschaften nach außen hin und der Beziehungen des öffentlichen Geschäftsbetriebes zum öffentlichen Recht. Noch nicht unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Feuerversicherer, sondern der Versicherer und der Versicherungs-Gesellschaft; hier wollte der Entwurf einbringen. Bis jetzt seien in dieser Beziehung landesgesetzliche Bestimmungen mangelnd, ferner das Handelsrecht, namentlich aber die Polize, der Versichererübertragung. Der Entwurf wolle nun gewisse Punkte Bestimmungen hinsichtlich dieser Verhältnisse geben und der Versicherungs-Gesellschaft; hier wollte der Entwurf einbringen.

